

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.06.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	in der Helenenhalle Friedrichsthal

Auf Einladung vom 17.06.2020 versammelt sich der Stadtrat um 17:00 Uhr zur anberaumten Sitzung. Ort, Zeit und Tagesordnung waren mit Ablauf des 19.06.2020 öffentlich bekannt gemacht.

Anwesend sind:

Herr Rolf Schultheis	Vorsitzender
Herr Peter Bickelmann	SPD
Herr Dr. Alexander Götzing	SPD
Frau Nicole Hofmann	SPD
Herr Andreas Lauck	SPD
Frau Monika Pacem	SPD
Frau Doris Sebastian	SPD
Frau Tanja Sebastian	SPD
Herr Günter Struttmann	SPD
Frau Laura Sophie Walter	SPD
Herr Jochen Donnevert	CDU
Herr Gregor Grauthoff	CDU
Herr Daniel Jung	CDU
Frau Elisabeth Junk	CDU
Frau Jacqueline Reimann-Jung	CDU
Herr Thomas Ullinger	CDU
Herr Sascha Veith	CDU
Herr Bernhard Vinzent	CDU
Frau Elsa Wainer	CDU
Frau Birgit Heinz	AfD
Herr Peter Ladwein	AfD
Herr Hans Dieter Maier	AfD
Herr Gerd Schon	AfD
Herr Harald Hauch	Grüne
Herr Dr. Horst-Henning Jank	Grüne
Frau Grit Salomon	Grüne
Frau Karin Ullinger	Grüne
Herr Roland Eckstein	Linke
Frau Melitta Herrmann	Linke
Herr Peter Jung	Linke
Herr Jürgen Trenz	Linke
Frau Nadine Klein	FDP
Frau Vanessa Bock	Verwaltung
Herr Gerhard Bös	EZF
Herr Christian Jung	Verwaltung
Frau Hildegard Stillemunke	Verwaltung
Frau Astrid Wagner	Verwaltung
Herr Bernd Ehrmann	Fa. inexo
Herr Siegfried Kraus	Kath. Kirchengemeinde St. Michael
Herr Pascal Münz	Fa. inexo
Herr Yannic Sick	Fa. inexo

Nicht anwesend sind:

Herr Jörn Walter	SPD
Frau Karoline Wohlfahrt	FDP

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 27.05.2020
- 3 Stellenausschreibung für die Wahl der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters
Vorlage: VO/2684/20
- 4 Begrenzung der Wahlplakatierung für die Bürgermeisterwahl
Vorlage: VO/2678/20
- 5 Zweckverband LIK Nord,
hier: Haushaltssatzung, Haushalts- und Stellenplan 2020
Vorlage: VO/2681/20
- 6 Feststellung des Jahresergebnisses aus dem Wirtschaftsjahr 2019 und Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresverlustes 2019 des Entsorgungszweckverbandes
Vorlage: VO/2675/20
- 7 Breitbandausbau, schnelles Internet im Stadtgebiet Friedrichsthal,
hier: Projekt-Vorstellung der Firma Inexio
Vorlage: VO/2677/20
- 8 ÖPNV im Regionalverband Saarbrücken
hier: Beschlüsse hinsichtlich der Neuvergabe Linienbündel A und der Nachtbuslinien
Vorlage: VO/2680/20
- 9 Beratungsantrag der Fraktion „Die Linke“
Vorlage: VO/2676/20
- 10 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Nichtöffentlicher Teil

- 11 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 27.05.2020
- 12 Nutzungsvereinbarung Vereinshaus
Vorlage: VO/2683/20
- 13 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Bürgermeister Schultheis eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt die Verwaltung den als Sachverständigen anwesenden Herren Pascal Münz, Yannic Sick und Bernd Ehrmann (Firma Inexio) zu TOP 7 sowie Herrn Siegfried Kraus (Kath. Kirchengemeinde) zu TOP 12 Rederecht zu erteilen. Hiermit ist der Stadtrat einstimmig einverstanden.

Es wird sodann beraten und beschlossen, was folgt:

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anträge vor.

zu 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 27.05.2020

Herr Peter Jung –Die Linke- weist darauf hin, dass seine letztmals geäußerte Kritik an der Informationspolitik nicht nur von Seiten der Beigeordneten, sondern für den ganzen Stadtrat geäußert worden ist.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die vorliegende Niederschrift unter Berücksichtigung der vorerwähnten Änderung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 3 Stellenausschreibung für die Wahl der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters
Vorlage: VO/2684/20**

Bürgermeister Schultheis bittet Herrn Jung –Verwaltung- darum, auf die Thematik einzugehen. Herr Jung verdeutlicht, dass die umfangreiche Ausschreibung in der Saarbrücker Zeitung verkürzt – mit einem Hinweis auf die detaillierteren Informationen im Internet – zur Veröffentlichung kommt.

Beschluss:

Der Stadtrat folgt den Ausführungen und beschließt die beigefügte Stellenausschreibung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 4 Begrenzung der Wahlplakatierung für die Bürgermeisterwahl
Vorlage: VO/2678/20**

Frau Tanja Sebastian –SPD- beantragt, die Zahl der Wahlplakate je Bewerber auf jeweils 60 Stück zu beschränken.

Herr Jung –CDU- möchte, dass man 100 Plakate zulässt.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der vorgeschlagenen Begrenzung auf 60 Plakate pro Bürgermeisterteilnehmer/in zu.

Abstimmungsergebnis:

16 Stimmen dafür, 15 Stimmen dagegen.

**zu 5 Zweckverband LIK Nord,
hier: Haushaltssatzung, Haushalts- und Stellenplan 2020
Vorlage: VO/2681/20**

Beschlussfassung:

Der Stadtrat stimmt dem Haushaltsplan 2020 des Zweckverbandes LIK Nord und der Höhe der Verbandsumlage 2020, die auf die Stadt Friedrichsthal entfällt, zu.
Der Bürgermeister bzw. seine gesetzlichen Vertreter sowie die in die Zweckverbandsversammlung gesandten Stadtratsmitglieder werden ermächtigt, den entsprechenden Haushaltsberatungen in der Verbandsversammlung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 6 Feststellung des Jahresergebnisses aus dem Wirtschaftsjahr 2019 und Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresverlustes 2019 des Entsorgungszweckverbandes
Vorlage: VO/2675/20**

Geschäftsführer Gerhard Bös erläutert die vorliegende Thematik. Er geht detailliert auf die wirtschaftliche Lage wie auch auf die Personalisierung ein.

Auf Befragung von Herrn Jung –CDU- nach der Möglichkeit zur Montage von separaten Wasserzählern für die Gartenbewässerung betont Herr Bös, dass dies seit Jahren bereits von den Stadtwerken angeboten wird.

Des Weiteren ergibt sich eine Aussprache um die Erfassung von befestigten Oberflächen und die Möglichkeiten zur Gebührenentlastung durch geeignete Maßnahmen.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat beschließt, die von ihm entsandten Mitglieder der Verbandsversammlung des Entsorgungszweckverbandes Friedrichsthal anzuweisen, dem folgenden Beschlussvorschlag zuzustimmen:

Die Verbandsversammlung stellt den Jahresabschluss 2019 in der von der W+ST Publica Revisionsgesellschaft mbH geprüften Fassung fest:

Bilanzsumme zum 31.12.2019	17.390.796,82 €
Summe der Erträge	2.766.417,37 €
Summe der Aufwendungen	2.788.572,38 €
Jahresverlust:	33.155,01 €

Es wird beschlossen, den Jahresverlust 2019 in Höhe von 33.155,01 € aus den Gewinnvorträgen aus Vorjahren zu tilgen. Dem Vorstandsvorsteher und der Verbandsgeschäftsführung wird für das Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 7 Breitbandausbau, schnelles Internet im Stadtgebiet Friedrichsthal,
hier: Projekt-Vorstellung der Firma Inexio
Vorlage: VO/2677/20**

Herr Bernd Ehrmann von Fa. Inexio bringt dem Stadtrat umfangreiche Erläuterungen zu dem Projekt Breitbandausbau zur Kenntnis.

Rückfragen seitens des Stadtrates, insbesondere zu den Kosten für die Anschlussnehmer wie auch zum Ausbaurverfahren selbst, werden beantwortet.

Frau Tanja Sebastian beantragt für die Koalition SPD / Linke eine kurze Sitzungsunter-

brechung.

Nach der Unterbrechung beantragt sie die Verschiebung des Tagesordnungspunktes in den nächsten Ausschuss oder die nächste Stadtratssitzung.

Nun erfolgt eine ausführliche Aussprache hierzu und es wird festgestellt, dass es sich zum heutigen Zeitpunkt lediglich um einen Grundsatzbeschluss handelt, alle weiteren Details werden nach der Sommerpause abgehandelt.

Frau Sebastian zieht ihren Vertagungsantrag zurück.

Beschluss:

Der Stadtrat erklärt sich mit der weiteren Planung zum Projekt Breitbandausbau der Firma Inexio grundsätzlich einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

13 Enthaltungen und 18 Stimmen dafür.

**zu 8 ÖPNV im Regionalverband Saarbrücken
hier: Beschlüsse hinsichtlich der Neuvergabe Linienbündel A und der Nachtbuslinien
Vorlage: VO/2680/20**

Bürgermeister Schultheis verweist auf die bereits vom Stadtrat beschlossenen Punkte zur anstehenden Sitzung. Neu ist die Vergabe des Nachtbusses und des Linienbündels A. Da für Friedrichsthal keine wesentlichen Veränderungen diesbezüglich anstehen, schlägt er vor diesen Vergaben zuzustimmen.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat beschließt, den Bürgermeister oder seinen gesetzlichen Vertreter zu ermächtigen, in der Verbandsversammlung des ZPRS am 03.07.2020 zuzustimmen, dass dem Verbandsvorsteher des ZPRS eine Vorabermächtigung zur Vergabe der Verkehrsleistungen hinsichtlich des Linienbündels A und im Bereich der Nachtbuslinien an den/die Bieter mit dem jeweils niedrigsten Preis erteilt wird, wenn die in der Vorlage geschilderten Voraussetzung eingehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 9 Beratungsantrag der Fraktion „Die Linke“
Vorlage: VO/2676/20**

Bürgermeister Schultheis betont, dass man mit Rücksicht auf Corona darauf verzichtet habe, wegen dieses Punktes eine Ausschuss-Sitzung anzuberaumen. Heute könne der Antragsteller seinen Antrag erläutern.

Herr Trenz –Die Linke- wollte, dass man die Vorberatung in einem Ausschuss geführt hätte, um dann die Möglichkeit zu haben, im Stadtrat über eine ausgearbeitete Vorlage der Verwaltung zu beraten. Er berichtet, dass es wegen unangepasster Geschwindigkeit in verschiedenen Straßen vermehrt zu Gefährdungen und Lärmbelastungen kommt. Ausgehend von Landsweiler-Reden haben sich die Neunkircher und Illinger Straße, die Grühlings- und Grubenstraße sowie die Saarbrücker Straße zu wahren Rennstrecken entwickelt. Seitens der Schiffweiler Gemeindeverwaltung habe man einen privaten Sicherheitsdienst eingeschaltet, um dieser Verkehrs-Rowdies Herr zu werden. Er schlägt vor, sich mit der Verwaltung hierüber auszutauschen um für Friedrichsthal geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

Bürgermeister Schultheis führt aus, dass der Verwaltung ähnliche Vorfälle auch bekannt sind und der Verwaltung auch von einem in der Heinitzer Straße wohnhaften

Bürger über Vorfälle unterrichtet wurde. Er bedauert dieses rücksichtslose Verhalten. Seitens der Ortspolizeibehörde habe man mit der Verkehrspolizei-Inspektion Kontakt aufgenommen und darum gebeten, die genannten Strecken verstärkt zu kontrollieren. Grundsätzlich sei man kooperationsbereit, jedoch sind die Kapazitäten zu begrenzt, um eine durchgängige Verkehrsüberwachung sicherzustellen.

Frau Klein –FDP- bestätigt aus eigener Erfahrung die geschilderten Vorfälle. Sie geht davon aus, dass der mobile Blitzer zumindest abschreckend auf den Kreis dieser Verkehrsteilnehmer wirkte.

Bürgermeister Schultheis berichtet, dass man zur Wiederinbetriebnahme der stationären Blitzer noch gewisse Vorprüfungen durchführen musste. Der rechtssichere Betrieb kann über sog. Kontaktschleifen erfolgen, dazu hat man einen Ortstermin mit dem Eichamt an den betreffenden Standorten durchgeführt, um den Straßenzustand hinsichtlich seiner Eignung zu prüfen. Es zeichnet sich ab, dass eine Fahrbahnsanierung nicht notwendig ist. Hätte man eine Sanierung in den Bereichen durchführen müssen, wären hohe Kosten entstanden.

Er gibt Informationen zum Betrieb des mobilen Blitzers. Zum einen ist das Versetzen des Gerätes zu den jeweils geeigneten Standorten sehr aufwändig, andererseits muss dessen Akku regelmäßig aufgeladen werden.

Das Aufstellen von Schildern, die die gefahrene Geschwindigkeit anzeigen, hält Bürgermeister Schultheis ebenfalls für sinnvoll. Auf diese Themen werde man im nächsten zuständigen Fachausschuss eingehen. Er erwartet jedoch nicht, dass man bei allen Maßnahmen eine TOP Lösung für dieses Problemfeld entwickeln könne.

Herr Schon –AfD- berichtet, dass es neben den genannten Straßen auch in der Spieser Straße zu erheblichen Geschwindigkeitsübertretungen kommt. Auch auf dem Parkplatz am Hoferkopf treffen sich Autofahrer und führen entweder mit ihren Fahrzeugen oder mit überlauter Musik zu Lärmbelästigungen. Die Akku-Problematik könne man mit Solaranlagen oder dem Generator des THW beheben.

Diesbezüglich merkt Bürgermeister Schultheis an, dass es nicht leicht sei, diese Verstöße zu ahnden, denn dazu benötige man geeignete Messungen und die Polizei stehe hierfür nicht immer zur Verfügung.

Auch für Herrn Jung –CDU- ist die Problematik nicht neu, jedoch warnt er davor in einen sinnlosen Aktionismus zu verfallen. Er hätte selbst keine Notwendigkeit gesehen, eine Sondersitzung anzuberaumen – zumal die Zuständigkeit des Werksausschusses von ihm nicht gesehen wird.

Die leichtsinnigen Verkehrsteilnehmer werden sich durch Blitzer nicht immer von ihrem gefährlichen Verhalten abhalten lassen.

Herr Dr. Jank –B'90/Die Grünen- erneuert seine Forderung nach Einrichtung von Tempo-30-Zonen, dies bliebe aber wirkungslos wenn eine Sanktionierung nicht erfolge. Er wünscht, dass die Verwaltung wieder einen rechtssicheren mobilen Blitzer organisiert, um damit wirkungsvoll gegen die Verstöße vorzugehen. Wer die erlaubte Geschwindigkeit von 30km/h überschreitet und 60 km/h fährt, verliere seinen Führerschein – diese Konsequenz wirke disziplinierend.

Bürgermeister Schultheis bittet darum, die mit der Aufstellung der erforderlichen Geräte verbundenen Kosten nicht unbeachtet zu lassen. Man betreibe die Geräte nicht eines Gewinnes für die Stadt wegen, sondern mit den Einnahmen decke man die Kosten für Personal, EDV u.a.. Bei dem bislang eingesetzten mobilen Blitzer sei man nicht auf die prognostizierten Fallzahlen gekommen. Für die nächste Sitzung bereite man die Thematik verwaltungsseitig auf und werde mit dem Stadtrat darüber diskutieren wie hier weiter vorgegangen werden könnte.

Frau Bock –Verwaltung- berichtet, dass man die Rechtssicherheit der eingesetzten Mittel beachten müsse - und auf längere Sicht sei diese bei mobilen Blitzern nicht gegeben.

Herr Trenz –Die Linke- beantragt, dass man über den Themenkomplex nochmals diskutiere, die Verwaltung solle über die Ferienzeit die nötigen Informationen zusammenstellen.

Bürgermeister Schultheis regt an, auch die Anzeige-Info-Tafeln mit in das Konzept einzubringen.

Die Vorschläge in der Anfrage des Bürgers aus der Heinitzer Straße wolle man ebenso auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüfen.

Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis nach den Ferien die Zahlen und Fakten zu dem Themenkomplex zusammenzustellen und eine entsprechende Beratung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 10 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Bürgermeister Schultheis weist darauf hin, dass unter diesem Top die Ausgabe Tablets an Ratsmitglieder durch Herrn Bergmann gegen Empfangsbestätigung erfolge.

Frau Hofmann –SPD- berichtet von der Beschwerde einer Bürgerin über den Schaden im Straßenbelag im Bereich zwischen Wiener Straße und Dietrichstraße. Die Verwaltung wird sich der Angelegenheit annehmen.

Bürgermeister Schultheis weist darauf hin, dass nur bei „Gefahr in Verzug“ eine Reparatur erlaubt sei – gegenwärtig liege noch kein genehmigter Haushalt vor. Die Abarbeitung schadhafter Stellen erfolge im Rahmen des beschlossenen Prioritätenkataloges. In Illingen habe man, so Bürgermeister Schultheis eine neue Alternative zur Oberflächenanierung angewandt, man wolle sich das Verfahren näher ansehen und die Anwendbarkeit prüfen.

Frau Ullinger –B'90/Die Grünen- berichtet, dass im unteren Bereich der Lilienstraße durch Starkregen Schotter aufgespült worden ist, die bestehende Rutschgefahr sollte beseitigt werden.

Frau Klein –FDP- informiert, dass der Fußweg zum Freibad zugewachsen ist. Auch diesen Hinweis nimmt die Verwaltung auf.

Bürgermeister Schultheis berichtet von der umfassenden Säuberungs- und Rückschnittaktion im Umfeld der Bushaltestellen. Leider habe man für zusätzliche Arbeit kaum Kapazitäten frei.

Herr Schon –AfD- weist darauf hin, dass im Bereich von Friedrich- und Sandstraße durch abgestellte Fahrzeuge Kollisionsgefahr bestehe. Das Ordnungsamt möge sich die Situation einmal näher ansehen.

Frau Junk –CDU- berichtet von einem Schlagloch beim Wendehammer des Bergmannsweges.